

MORNING NEWS UPDATE

19. Mai 2026

Dax Indikation:

24.344

Einschätzungen

UNTERNEHMEN	BROKER	EMPFEHLUNGEN
Bayer	Barclays	Erhöhung Kursziel von € 48 auf € 50, Einstufung overweight
Bertrandt	DZBank	Senkung Fairer Wert von € 25 auf € 12,50, Einstufung kaufen
Delivery Hero	Barclays	Erhöhung Kursziel von € 35,50 auf € 39,10, Einstufung overweight
Deutsche Börse	BofA	Erhöhung Kursziel von € 300 auf € 305, Einstufung buy
Gerresheimer	Jefferies	Herabstufung von buy auf hold, Senkung Kursziel von € 34,10 auf € 26,80
Jungheinrich	Bernstein	Erhöhung Kursziel von € 46 auf € 48, Einstufung outperform
Kion	DZBank	Hochstufung von halten auf kaufen, Senkung Kursziel von € 63 auf € 59
Knorr-Bremse	Citigroup	Hochstufung von neutral auf buy, Erhöhung Kursziel von € 116 auf € 123
Schott Pharma	Jefferies	Erhöhung Kursziel von € 15,50 auf € 17,30, Einstufung hold
Siltronic	Metzler	Erhöhung Kursziel von € 83 auf € 110, Einstufung buy

Marktmeldungen

Der **Dax-Future** startete heute Morgen 34 Zähler fester bei 24.337 Punkten (Reuters).

Die **Zahl der Beschäftigten in Deutschland** ist im ersten Quartal erneut gesunken - besonders in der Industrie. Von Januar bis März waren im Schnitt rund 45,6 Millionen Menschen erwerbstätig, wie das Statistische Bundesamt mitteilte. Das waren 61.000 oder 0,1 Prozent weniger als im vorangegangenen Vierteljahr. Bereits in den beiden vorangegangenen Quartalen gab es einen Rückgang von jeweils 0,1 Prozent. Die Bundesregierung rechnet im laufenden zweiten Quartal nicht mit einem kräftigen Aufschwung. "Die Frühjahrsbelebung am Arbeitsmarkt bleibt in diesem Jahr weitgehend aus", heißt es im aktuellen Monatsbericht des Wirtschaftsministeriums. Wegen der schwachen Arbeitsnachfrage sowie hoher Unsicherheit sei eine Belebung des Arbeitsmarktes "nicht absehbar" (Reuters).

Mehr als jeden fünften **Selbstständigen in Deutschland** plagen angesichts fehlender Aufträge **akute Sorgen**. 20,6 Prozent bangen um ihre wirtschaftliche Zukunft, wie aus der veröffentlichten April-Umfrage des Münchner Ifo-Instituts hervorgeht. Zum Vergleich: In der Gesamtwirtschaft liegt dieser Wert mit 8,1 Prozent weniger als halb so hoch. "Die Kombination aus Auftragsmangel und wachsender Unsicherheit belastet die Selbstständigen zunehmend", sagte Ifo-Expertin Katrin Demmelhuber. Knapp der Hälfte der Befragten (48,4 Prozent) fehlten im April Aufträge - etwas mehr als im Januar, als dies 46,6 Prozent sagten. Der Anteil ist damit bei Soloselbstständigen und Kleinstunternehmen höher als in der Gesamtwirtschaft mit 39,0 Prozent. "Viele Unternehmen halten sich bei Aufträgen zurück, gleichzeitig bleibt die Konsumlaune gedämpft", sagte Demmelhuber (Reuters).

Der **Iran** gibt **Details seines jüngsten Friedensvorschlags** bekannt, den er an die USA übermittelt hat. Teheran fordert laut einem Bericht der staatlichen Nachrichtenagentur Irna eine Aufhebung der Sanktionen, die Freigabe eingefrorener iranischer Gelder und ein Ende der Seeblockade iranischer Häfen. Außerdem ruft er zu einem Ende des Kriegs an allen Fronten auf, also auch im Libanon, sowie zu einem Abzug der US-Truppen aus Gebieten in der Nähe des Iran. Ferner verlangt der Iran Reparationszahlungen wegen der durch den Krieg verursachten Schäden. Die Nachrichtenagentur beruft sich in ihrem Bericht auf Vizeaußenminister Kasem Gharibabadi (Reuters).

Das **russische Militär** hält nach Angaben des Verteidigungsministeriums von diesem Dienstag bis Donnerstag ein **Manöver seiner Atomstreitkräfte** ab. Die Personalstärke werde mehr als 64.000 betragen. Unter anderem soll den Angaben zufolge auf russischem Gebiet der Einsatz von ballistische Raketen und Marschflugkörpern geübt werden (Reuters).



Russland hat in der Nacht zum Dienstag den größten **ukrainischen Donau-Hafen Ismajil** angegriffen. Dabei wurden nach Angaben örtlicher Behörden Hafenanlagen beschädigt. Fast alle Flugkörper seien abgeschossen worden, es gebe keine Opfer. In der nordöstlichen Stadt Charkiw wurden zwei Menschen unter den Trümmern eines durch einen Drohnenangriff zerstörten Gebäudes vermutet. Zwei weitere Menschen seien gerettet worden, teilte Bürgermeister Ihor Terechow auf Telegram mit. Zudem wurden aus den Regionen Dnipropetrowsk, Mykolajiw und Saporischschja Angriffe gemeldet. Auch die **Ukraine** startete mehrere Angriffe. In der Region Jaroslawl nordöstlich von Moskau, wo sich Anlagen zur Erdölverarbeitung befinden, brach Gouverneur Michail Jewrajew zufolge ein Feuer in einer Industrieanlage aus. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj erklärte auf X, die russische Raffineriekapazität sei in den vergangenen Monaten um zehn Prozent gesunken. Russische Behörden meldeten weitere Angriffe auf Moskau, die Ukraine grenzenden Region Kursk mit einem Todesopfer, Rostow und andere zentralrussische Gebiete (Reuters).

Die **Beziehungen** zwischen **Russland** und **China** haben nach den Worten des russischen Präsidenten Wladimir Putin ein "beispielloses Niveau" an Verständnis und Vertrauen erreicht. Beide Länder seien bereit, sich bei Kerninteressen wie der nationalen Einheit und dem Schutz der Souveränität gegenseitig zu unterstützen, erklärte Putin in einer Videobotschaft vor seiner Reise nach China. Die strategische Verbindung zwischen Moskau und Peking spiele eine stabilisierende Rolle in der Welt. Zudem bauten beide Staaten ihre Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft, Politik und Verteidigung aktiv aus. Die Freundschaft richte sich gegen niemanden, sondern diene dem Frieden und dem Wohlstand, fügte Putin mit Blick auf seine geplanten Gespräche mit dem chinesischen Präsidenten Xi Jinping hinzu (Reuters).

Die **japanische Wirtschaft** ist im ersten Quartal stärker gewachsen als erwartet. Das **Bruttoinlandsprodukt** (BIP) legte aufs Jahr hochgerechnet um 2,1 Prozent zu, wie aus offiziellen Regierungsdaten hervorging. Analysten hatten im Vorfeld lediglich mit einem Plus von 1,7 Prozent gerechnet, nach einem revidierten Anstieg von 0,8 Prozent im Vorquartal. Im Vergleich zum vorangegangenen Vierteljahr wuchs die Wirtschaft um 0,5 Prozent. Getragen wurde der Aufschwung von einem robusten privaten Konsum, der mehr als die Hälfte der Wirtschaftsleistung ausmacht und um 0,3 Prozent stieg. Zudem trug die Nettoauslandsnachfrage 0,3 Prozentpunkte zum Wachstum bei (Reuters).

China investiert wieder mehr in **Europa** und baut dabei so viele Fabriken wie nie zuvor. Sogenannte **Greenfield-Investitionen**, bei denen keine Unternehmen aufgekauft, sondern neue Produktionsstätten errichtet werden, stiegen 2025 auf einen Höchstwert: Sie erreichten einen Wert von fast 9 Milliarden Euro - eine Steigerung von 51 Prozent gegenüber 2024. Zu diesem Ergebnis kommt eine neue Studie der China-Denkfabrik Merics und der Rhodium Group, die dem *Handelsblatt* vorliegt.

US Unternehmen

Der Facebook-Mutterkonzern **Meta** plant einem internen Schreiben zufolge den **Abbau von zehn Prozent seiner weltweiten Belegschaft** und einen **weitreichenden Umbau** mit **Fokus auf Künstliche Intelligenz (KI)**. Die Kündigungen sollen am Mittwoch ausgesprochen werden, wie aus einem Dokument hervorgeht, in das die Nachrichtenagentur *Reuters* Einblick erhielt. Meta-Personalchefin Janelle Gale kündigte darin zudem organisatorische Veränderungen an. So sollen 7000 Beschäftigte in neue KI-Projekte wechseln und Führungspositionen gestrichen werden, um flachere Hierarchien sowie kleinere, agilere Teams zu schaffen. Insgesamt seien von den Entlassungen und Versetzungen etwa 20 Prozent der Belegschaft betroffen, hieß es in dem Dokument. Zusätzlich zu den Kündigungen habe der US-Konzern 6000 offene Stellen gestrichen.

Die Alphabet-Tochter **Google** und der Finanzinvestor **Blackstone** planen einem Medienbericht zufolge die Gründung eines **gemeinsamen Cloud-Unternehmens für Künstliche Intelligenz (KI)**. Blackstone werde sich mit fünf Milliarden Dollar an dem noch namenlosen US-Projekt beteiligen und die Mehrheit halten, berichtete das *"Wall Street Journal"*. Google solle die Hardware, darunter die als Tensor Processing Units (TPU) bekannten Spezialchips, sowie Software und Dienstleistungen beisteuern.



Der Chef von Starbucks in Südkorea ist nach einer **umstrittenen Werbekampagne** entlassen worden, die schmerzhaft Erinnerungen an die brutale Niederschlagung von Pro-Demokratie-Protesten durch das Militär im Jahr 1980 weckte. Die Shinsegae-Gruppe, die die US-Kaffeehauskette in Südkorea betreibt, teilte mit, sie habe den **Leiter von Starbucks Korea**, Sohn Jeong-hyun, wegen "unangemessenen Marketings" entlassen. Starbucks hatte am Montag, dem Gedenktag an die Demokratiebewegung, eine Kampagne für eine neue Becher-Serie namens "Tank" (Panzer) gestartet und damit landesweite Empörung ausgelöst (Reuters).

US-Präsident Donald Trump wird den **neuen Chef der US-Notenbank** Fed, Kevin Warsh, am Freitag im Weißen Haus vereidigen. Dies verlautete am Montag aus Regierungskreisen. Der Senat hatte der Personalie in der vergangenen Woche zugestimmt (Reuters).

Automobile / Zulieferer

Der Autobauer **Volkswagen** hat bereits 2024 **Gespräche mit chinesischen Autobauern** über **mögliche Kooperationen in deutschen Werken** geführt. Das berichten mehrere Insider dem *Handelsblatt*. Konkret soll es darum gegangen sein, ungenutzte Kapazitäten in Fabriken wie Emden mithilfe chinesischer Partner auszulasten. Diskutiert worden sei unter anderem eine Zusammenarbeit mit dem VW-Partner SAIC. Volkswagen wollte sich dazu nicht äußern.

Banken

Die britische Großbank **Standard Chartered** will ihre Profitabilität mit einem **umfassenden Stellenabbau** steigern und hat dafür ein neues Renditeziel ausgegeben. Bis 2030 sollen mehr als 15 Prozent der Arbeitsplätze wegfallen, was über 7000 Jobs entspricht. Die Eigenkapitalrendite (ROTE) solle im Gegenzug bis 2028 auf über 15 Prozent und bis 2030 auf rund 18 Prozent steigen, teilte das auf Asien und Afrika fokussierte Institut am Dienstag mit. "Es geht hierbei nicht um reine Kostensenkungen", sagte Bankchef Bill Winters. Es gehe darum, einfache Arbeit durch Investitionen in Automatisierung und Künstliche Intelligenz (KI) zu ersetzen. Die Maßnahmen sind Teil einer neuen Strategie, mit der Winters den langjährigen Umbau der Bank abschließen und stärkeres Wachstum erzielen will (Reuters).

Gesundheitswesen

DAK-Chef Andreas Storm hat die schwarz-rote **Koalition** zum Stopp der geplanten **Pflegereform** aufgefordert. Die Pläne von Bundesgesundheitsministerin Nina Warken (CDU) würden zu einem irreparablen Schaden in der Pflegeversicherung führen, sagte Storm dem *Redaktionsnetzwerk Deutschland* (RND). "Wir benötigen in der Pflege ein Reform-Moratorium", so Storm. Nötig sei ein neuer Anlauf für eine tragfähige, sozial gerechte und nachhaltige Reform.

Öl & Gas

Die **Ölpreise** sind am Dienstag nach Aussagen des US-Präsidenten Donald Trump zu einem gestoppten Angriff auf den Iran gefallen. Der Preis für ein Barrel (159 Liter) der Referenzsorte **Brent** zur Lieferung im Juli fiel um etwa anderthalb Prozent auf 110,30 US-Dollar. Zu Beginn der Woche hatten Drohungen des amerikanischen Präsidenten vor erneuten Militärschlägen gegen den Iran den Preis für Rohöl der Sorte Brent noch zeitweise über 112 Dollar getrieben und damit auf den höchsten Stand seit knapp zwei Wochen (dpa/AFX).



STEU BING AG
WERTPAPIERHANDELSBANK



FAROS Private Markets Database

Die kostenlose Datenbank für institutionelle Investoren

privatemarkets.faros-consulting.de

Kontakt

Wolfgang Steubing AG
Wertpapierdienstleister
Goethestraße 29
60313 Frankfurt a. M.
T +49 69 29716 0
F +49 69 29716 111
info@steubing.com
www.steubing.com

Morning News

Alexander Dietzer
T +49 69 29716 149
alexander.dietzer@steubing.com

Institutionelle Kundenbetreuung

Michael Heidn
T +49 69 29716 131
michael.heidn@steubing.com

Haftungsausschuss

Die beigefügten Presseauszüge spiegeln Informationen und Meinungen der jeweiligen Analysten und Redaktionen wider. Neben den Presseauszügen enthält dieses Dokument Informationen, die durch die Wolfgang Steubing AG Wertpapierdienstleister, nachfolgend Steubing AG, erarbeitet wurden. Obwohl die Steubing AG sämtliche Angaben und Quellen für verlässlich hält, kann für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der enthaltenen Informationen keine Haftung übernommen werden. Insbesondere wird für Irrtum und versehentliche unrichtige Wiedergabe, insbesondere in Bezug auf Kurse und andere Zahlenangaben, jegliche Haftung ausgeschlossen. Die Steubing AG übernimmt keine Verpflichtung zur Richtigstellung etwa unzutreffender, unvollständiger oder überholter Informationen.

Dieses Dokument dient lediglich der Information. Auf keinen Fall enthält es Angebote, Aufforderungen oder Empfehlungen zum Kauf oder Verkauf von Wertpapieren oder anderen Finanzinstrumenten. Die in diesem Dokument enthaltenen Informationen stellen keine „Finanzanalyse“ im Sinne des Wertpapierhandelsgesetzes dar und genügen auch nicht den gesetzlichen Anforderungen zur Gewährleistung der Unvoreingenommenheit der Finanzanalyse und unterliegen keinem Verbot des Handels vor der Veröffentlichung von Finanzanalysen. Sie können insbesondere von den von Steubing AG veröffentlichten Analysen von Finanzinstrumenten und ihrer Emittenten (Research) abweichen. Bevor Sie eine Anlageentscheidung treffen, sollten Sie Ihren Anlageberater konsultieren.

Die Informationen in diesem Dokument richten sich ausschließlich an institutionelle Investoren und professionelle Marktteilnehmer; es ist nicht für die Verbreitung an Privatpersonen geeignet. Dieses Dokument ist entsprechend des deutschen Aufsichtsrechts erstellt worden und wird von der Steubing AG nach Maßgabe dieser Vorschriften übermittelt. Ausländische Rechtsordnungen können die Verbreitung dieses Dokuments beschränken. Eine Weitergabe oder Verbreitung dieses Dokuments ist daher nur nach vorheriger ausdrücklicher Zustimmung der Steubing AG gestattet.

Die Steubing AG, die dieses Dokument verbreitet, unterliegt der Aufsicht durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht in Deutschland.

© 2026 Wolfgang Steubing AG Wertpapierdienstleister. Alle Rechte vorbehalten.

Zuständige Aufsichtsbehörde

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)
Graurheindorferstraße 108
D-53117 Bonn

und

Marie-Curie-Str. 24-28
D-60439 Frankfurt

